



Bürgerlich - Demokratische Partei (BDP) Graubünden
Partida burgais - democratica (PBD) dal Grischun
Partito borghese - democratico (PBD) dei Grigioni

Medienmitteilung
Chur, 25. Mai 2021

BDP fasst Abstimmungsparolen für 13. Juni 2021

Die Delegierten der BDP Graubünden haben an der digitalen Delegiertenversammlung die Abstimmungsparolen für den 13. Juni 2021 gefasst. Sie sagen zweimal Nein zu den Agrar-Initiativen, Ja zum CO2-Gesetz, Ja zum Covid-19-Gesetz und Ja zum Anti-Terrorismus-Gesetz.

An der gut besuchten Versammlung haben die Delegierten der BDP Graubünden die Parolen zu den Abstimmungsvorlagen vom 13. Juni 2021 gefasst.

Zweimal Nein zu den Agrar-Initiativen

Obwohl die beiden Agrar-Initiativen (Pestizid- und Trinkwasser-Initiative) berechnete Themen ansprechen, sind sie viel zu extrem und nicht zielgerichtet. „Sie erschweren bis verunmöglichen die einheimische, regionale Produktion und verteuern die Lebensmittel“, so Martin Renner, Grossrat-Stellvertreter und Geschäftsführer des Bündner Bauernverbands.

Die Delegierten lehnen die beiden Agrar-Initiativen wuchtig ab (die Pestizidinitiative mit 1 Ja zu 32 Nein und 2 Enthaltungen sowie die Trinkwasserinitiative mit 34 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen).

Ja zum CO2-Gesetz

Mit dem CO2-Gesetz liegt ein effizientes und auch umsetzbares Instrument vor, um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen und die im Mai 2017 vom Volk mit einem Ja-Anteil von 58,2% deutlich angenommene Energiestrategie 2050 erfolgreich umzusetzen. „Es ist ein gut ausbalancierter Kompromiss, der beinhaltet, was heute politisch, wirtschaftlich und sozial machbar ist“, so Ursin Widmer, Grossrat.

Die Delegierten stellen sich mit 31 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen klar hinter das CO2-Gesetz.

Ja zum Covid-19-Gesetz

Um die negativen Auswirkungen der Coronapandemie zu mildern, hat der Bundesrat eine Reihe von Massnahmen und verschiedene Formen der Hilfe beschlossen (z. B. Kurzarbeitsentschädigung, Entschädigung für Erwerbsausfall, Unterstützung für Kultur, Sport und Medien). Weil das Epidemiegesetz nicht für alle Massnahmen die gesetzliche Grundlage bot, musste der Bundesrat sich auf Notrecht stützen, wie die Verfassung dies für solche Krisensituationen vorsieht. Solches Notrecht ist jedoch auf 6 Monate befristet. «Das Gesetz erlaubt, Hunderttausende Menschen und Unternehmen finanziell zu unterstützen, die in Not geraten sind», so Regierungsrat Dr. Jon Domenic Parolini. Damit könne Leid gemildert und Arbeitsplätze und Löhne gesichert werden.

Die Delegierten sagen einstimmig Ja zum Covid-19-Gesetz.

Ja zum Anti-Terrorismus-Gesetz

Die Polizei soll für den Umgang mit Personen, von denen eine terroristische Gefährdung ausgeht, mehr Möglichkeiten erhalten. Das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) ergänzt das Instrumentarium der Schweiz in der Terrorismusbekämpfung durch präventive Massnahmen der Polizei.

Die Delegierten stellen sich mit 34 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltungen klar hinter das Anti-Terrorismus Gesetz.

Bereits [früher](#) haben sich die Delegierten für das neue Wahlsystem für den Grossen Rat und die Aufhebung des Gesetzes über die Mutterschaftsbeiträge ausgesprochen. Die Volksinitiative „Für eine naturverträgliche und ethische Jagd“ wird abgelehnt.

Kontakt. Beno Niggli, Grossrat und Präsident der BDP GR, Tel. 079 327 39 63